

Bern, 1. Februar 2007

Asylsuchende aus Sri Lanka

Position der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH

Die SFH beobachtet die Situation in Sri Lanka seit Jahren. Gestützt auf ein Update¹ und weitere Berichte² nimmt die SFH wie folgt Stellung zur asylrechtlichen Beurteilung von Asylgesuchen von srilankischen Staatsangehörigen:

1 Asylgewährung

TamillInnen und SinghalesInnen im Norden und Osten Sri Lankas und MuslimInnen im Osten können Opfer zielgerichteter, asylrelevanter Menschenrechtsverletzungen durch die Konfliktparteien werden. Einer asylrelevanten Verfolgung können insbesondere die folgenden Personen und Personengruppen unterliegen. Für sie besteht keine zumutbare inländische Fluchtalternative:

1.1 Von Zwangsrekrutierung bedrohte Kinder und Jugendliche

Die *Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)* wie auch die von staatlicher Seite unterstützte *Karuna-Gruppe* rekrutieren weiterhin in den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten Kinder und Jugendliche auch unter Zwang für ihre Streitkräfte.

1.2 Personen, die für die LTTE tätig waren, LTTE-Deserteure sowie der Spionage für die LTTE verdächtige Personen

Aufgrund der interethnischen Spannungen und des eskalierenden Konflikts müssen diese Personen mit Verfolgung, Verhaftung, Folter bis hin zu extralegaler Tötung seitens srilankischer Sicherheitskräfte rechnen. Im Einzelfall ist bei LTTE-Mitgliedern die Frage der Asylunwürdigkeit zu prüfen, da es während des Krieges, während des Waffenstillstands und zuletzt seitens der Konfliktparteien zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist.

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

¹ Florian Lüthy, Sri Lanka – aktuelle Situation, SFH, November 2006.

² UNHCR-Stellungnahme zum Bedarf an internationalem Schutz von Asylsuchenden aus Sri Lanka, Januar 2007; International Crisis Group: The Failure of the Peace Process, 28. November 2006; Human Rights Watch, Improving Civilian Protection in Sri Lanka, September 2006; United Nations General Assembly, Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions, 5. September 2006.

1.3 Mitglieder tamilischer Konfliktparteien und Militärintendanten

Ehemalige und heutige, insbesondere führende Mitglieder der Karuna-Gruppe, der *Eelam Peoples Democratic Party (EPDP)*, *Eelam People's Revolutionary Liberation Front (EPRLF)*, der *Tamil Eelam Liberation Organisation (TELO)* und *People's Liberation Organization of Tamil Eelam (PLOTE)* müssen mit gezielten Anschlägen, Entführungen bis hin zu extralegalen Tötungen seitens der LTTE rechnen. Das gilt auch für TamillInnen, welche der Sympathie oder Unterstützung der Regierung bzw. der Gegnerschaft zur LTTE verdächtigt werden. Im Einzelfall ist die Frage der Asylunwürdigkeit zu prüfen, da es während des Krieges aber auch während des Waffenstillstands und zuletzt seitens der genannten Konfliktparteien zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist.

1.4 Der Opposition verdächtige Personen, insbesondere JournalistInnen

JournalistInnen, die der Verbreitung von LTTE-, Oppositions- und staatsfeindlichen Informationen bezichtigt werden, müssen mit gezielten Belästigungen, Angriffen, Todesdrohungen, Entführungen bis hin zu Bombenattentaten rechnen. Das gilt auch für andere tamilische Personen in allen Teilen des Landes, auch im Süden der Insel, die sich für die Sache der TamillInnen einsetzen.

1.5 MuslimInnen aus dem Osten und SinghalesInnen aus dem Norden und dem Osten

MuslimInnen aus dem Osten (Trincomalee und Batticaloa Distrikt), die seitens der LTTE verdächtigt werden, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, in Opposition zur LTTE zu stehen oder die in Regionen leben, die von den LTTE beansprucht werden, riskieren Vertreibung, Bedrohung oder Tötung. SinghalesInnen aus dem Norden oder dem Osten der Insel sind in Gefahr, Opfer von Bombenanschlägen oder militärischen Angriffen zu werden, insbesondere in der Nachbarschaft zu LTTE-kontrollierten Gebieten oder in Zonen, in denen sie eine Minderheit bilden.

Für asylrechtlich verfolgte oder gefährdete Personen gibt es in anderen Landesteilen Sri Lankas keine zumutbare Fluchtalternative. Für Personen aus dem Norden und Osten fehlt diese, weil sie angesichts der hohen Zahlen der intern Vertriebenen, der schlechten Sicherheitslage, der humanitären Situation und der Menschenrechtssituation wieder in die Bürgerkriegsgebiete abgedrängt werden könnten. Für Personen aus dem Süden ist eine interne Fluchtalternative aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen im Norden und Osten ausgeschlossen. Der srilankische Staat ist nicht in der Lage, diese Personen zu schützen.

2 Vorläufige Aufnahme

Wird die Flüchtlingseigenschaft verneint, ist insbesondere für die folgenden Personengruppen von einer konkreten Gefährdung auszugehen. Es liegt keine zumutbare inländische Fluchtalternative vor. In diesen Fällen ist zumindest wegen Unzumutbarkeit des Wegweisungsvollzugs die vorläufige Aufnahme anzuordnen.

2.1 Tamilische und muslimische Asylsuchende aus dem Norden und Osten Sri Lankas

Tamilische und muslimische Asylsuchende aus dem Norden und Osten Sri Lankas, sind aufgrund der Kampfhandlungen und der schlechten Sicherheitslage in diesen Gebieten konkret gefährdet.

2.2 Tamilische und muslimische Asylsuchende, die vor der Flucht in einer Situation interner Vertreibung gelebt haben

Tamilische und muslimische Asylsuchende, die sich vor der Flucht in einer Situation interner Vertreibung in anderen Landesteilen befunden haben, sind wegen der verschlechterten Sicherheitslage in Colombo und im Süden des Landes, wegen der Notstandsgesetzgebung, der Gefahr willkürlicher Festnahmen, Entführungen und Morde und der allgemein verschlechterten Menschenrechtslage ohne eine zumutbare interne Aufenthaltsalternative.

3 Situation in Sri Lanka

Der Waffenstillstand im Februar 2002 verlangte von den Konfliktparteien das Ende offensiver militärischer Operationen und feindlicher Akte gegen die Zivilbevölkerung. Im September 2002 wurden Friedensverhandlungen aufgenommen. Jedoch folgten schon in den Jahren 2003 und 2004 zahlreiche und gravierende Verletzungen des Waffenstillstands und andere gewaltsame Zwischenfälle. Dass sich der LTTE-Kommandant für den Bezirk im Osten der Insel, Vinayagamoorthy Muralitharan, bekannt als Colonel Karuna, im März 2004 von der LTTE-Nord (Vanni-Fraktion) abgespaltete, bedeutete ein Hindernis für die Friedensgespräche, da die LTTE nun von der srilankischen Regierung verlangte, zuallererst die Karuna-Leute zu entwaffnen. Tatsächlich wird inzwischen allgemein davon ausgegangen, dass die srilankische Regierung Karuna Unterstützung und militärische Rückendeckung im Osten der Insel gewährt. Der Konflikt innerhalb der LTTE hatte zur Folge, dass die Tötung von Zivilisten, sog. *Political Killings*, vor allem im Jahr 2005 im Osten Sri Lankas sprunghaft zunahm.

Am 12. August 2005 wurde Aussenminister Kadirgamar, ein Tamile, in der Nähe seines Privathauses in Colombo erschossen. Die von der LTTE boykottierte Präsidentschaftswahl führte zur Wahl des Premierministers Rajapakse, der mit chauvinistischen, anti-LTTE-Parteien paktiert hatte. Die Wahl des Hardline-Kandidaten war ganz im Sinn der LTTE, da sie so zeigen konnte, dass die singhalesische Bevölkerung nicht bereit war, mit dem tamilischen Bevölkerungsteil einen Kompromiss zu schliessen. Reden des LTTE-Führers Prabhakaran sprechen dafür, dass er schon

Ende 2004 entschlossen gewesen war, das Waffenstillstandsabkommen zu brechen, doch durchkreuzte der Tsunami solche Pläne.

Die Waffenruhe besteht seit Monaten jedoch nur noch auf dem Papier. Inzwischen sind Kämpfe zwischen der Regierung und den LTTE wieder ausgebrochen und haben zu schweren Verlusten auf beiden Seiten geführt. Die Konfliktparteien kämpfen wieder um die Kontrolle wichtiger Gebiete im tamilischen Norden und Osten. Sie respektieren den Waffenstillstand nicht mehr, auch wenn dieser nicht offiziell angekündigt ist. Beide Seiten setzen Artillerie ein, die Regierungstreitkräfte greifen zudem aus der Luft an. Es gibt kaum mehr Bemühungen, auf die Lage der Zivilbevölkerung Rücksicht zu nehmen. Eine Offensive der LTTE auf die Jaffna-Halbinsel brachte eine weitere Verschlechterung der humanitären Situation. Jaffna ist nun auf dem Land- und Luftweg abgeschnitten und kann nur noch von Trincomalee aus versorgt werden. Die Sperrung der A 9 erlaubt es Hilfsorganisationen kaum noch, Unterstützung zu leisten, so dass die Bedingungen für viele NGO's für die Arbeit im Norden untragbar geworden ist. Kämpfe im Osten der Jaffna-Halbinsel führten im Oktober 2006 zu hohen Verlusten auf beiden Seiten. Mit Angriffen in Galle im Süden der Insel, wo die LTTE-Boote in den Hafen eindrangen und angriffen, und mit Attentaten unter anderem auf Chef der Streitkräfte Fonseca und auf den Bruder des Präsidenten Rajapakse demonstrierte die Organisation, dass sie bereit war, Operationen auf der ganzen Insel zu führen und dass sie auch im Süden, insbesondere in Colombo angreifen konnte.

Nach Angaben des srilankischen Verteidigungsministerium wurden zwischen 1. Dezember 2005 und 10. Oktober 2006 2'735 Personen getötet, darunter 664 Zivilpersonen.³ Hunderttausende sind auf der Flucht. Menschenrechtsverletzungen werden sowohl seitens der srilankischen Sicherheitskräfte wie seitens der LTTE begangen, doch wird niemand für diese Menschenrechtsverletzungen belangt. Es ist ein Klima völliger Rechtlosigkeit entstanden und gemäss dem neuesten Bericht des UN-Sonderberichterstatters für extralegale Hinrichtungen Philip Alston gelten Zivilpersonen in Sri Lanka als direkte Angriffsziele.⁴

Die zweitägigen Friedensverhandlungen in Genf 28./29. Oktober 2006, die ersten seit acht Monaten, sind fehlgeschlagen. Auf eine Fortsetzung konnten sich die Konfliktparteien nicht einigen. In der Rede zum "Heldentag" hat der Chef der LTTE Ende November 2006 erklärt, dass der Waffenstillstand tot sei.⁵

Die **Sicherheitssituation** ist seit Jahresbeginn insbesondere in den überwiegend von TamillInnen bewohnten **Regionen des Nordens und Ostens** der Insel nach Wiederausbruch der Kampfhandlungen extrem schlecht. Mehrere Hunderttausend Landminen gefährden zusätzlich die Sicherheit der Bevölkerung. Auch im **Grossraum Colombo** und **in anderen Teilen der Insel** hat sich die Sicherheit der Bevölkerung, insbesondere der tamilischen und muslimischen Minderheit, aber auch der singhalesischen Bevölkerung, wo sie eine Minderheit bildet, verschlechtert. Alle Gruppierungen, die im Visier der LTTE sind, können nicht damit rechnen, adäquaten Schutz seitens der Regierung zu erhalten. In der Provinz Anuradhapura forderte ein Anschlag der LTTE auf einen Zivilbus im Juni 2006 das Leben von 67 Zivilpersonen.

³ Asian Centre For Human Rights, HHCR Weekly Review 138/06, 25.10.2006.

⁴ United Nations General Assembly, Extrajudicial, Summary or Arbitrary Executions, 5.9.2006.

⁵ NZZ, 29.11.2006.

In Colombo gibt es wieder zahlreiche Checkpoints, an denen Fahrzeuge und Fussgänger aufgehalten werden. Razzien und Verhaftungen besonders in den von TamilInnen bewohnten Vierteln Kotahena und Wellawatte haben zugenommen.⁶ Nach dem Anschlag auf Aussenminister Kadirgamar im August 2005 erliess das Parlament *Emergency Regulations*, die der Armee erlauben, auf blossen Verdacht hin Verhaftungen vorzunehmen und verhaftete Personen ein Jahr ohne Prozess festzuhalten. Die *Emergency Regulations* wurden im Juli 2006 für weitere sechs Monate verlängert. Die LTTE haben bewiesen, dass sie ihre Ziele überall treffen können. Ihre zunehmenden und erfolgreichen Anschläge auf hohe Regierungs- und Militärangehörige in Colombo zeigen, dass der srilankische Staat nicht einmal seine höchsten Repräsentanten genügend schützen kann. Folge der Anschläge ist jeweils eine Verstärkung der Sicherheitsmassnahmen, wobei vor allem TamillInnen ins Visier der Polizei geraten. Westliche Botschaften schätzen die Gefahr von Terroranschlägen in der srilankischen Hauptstadt als ausserordentlich hoch ein.⁷

Die **Menschenrechtslage** ist besorgniserregend. Neben den eklatanten Menschenrechtsverletzungen im Norden und Osten Sri Lankas gibt es eine dauernde Bedrohung durch terroristische Attacken auch im Grossraum Colombo und in anderen Provinzen. Diese werden von der Regierung mit Methoden bekämpft, die für die tamilische Minderheit bedrohlich sind und ihre Sicherheit in Frage stellen. Extralegale Tötungen waren von jeher Teil des Konflikts, doch gibt es seit Dezember 2005 eine signifikante Zunahme solcher Tötungen auch von Regierungsseite. Viele solcher Taten wurden an gewöhnlichen Personen begangen, die kaum erkennbar in Verbindung zum Konflikt stehen. Teilweise sind Entführungen und Tötungen Teil eines Musters, die LTTE anzugreifen, teilweise geschehen sie aus politischen Motiven und können zudem einen kriminellen Hintergrund haben.⁸ Die Zahl des Verschwindenlassens, der extralegalen Hinrichtung und der Entführungen vor allem von TamillInnen hat auch in der Hauptstadt Colombo zugenommen.⁹ Auch die LTTE oder die Unterwelt mit Verbindungen zur LTTE ist verantwortlich für Entführungen und Ermordungen in Colombo. Im Kriegsgebiet gehört es zur Strategie der LTTE, sich mit Zivilpersonen zu umgeben, deren Tod in Kauf genommen wird und für propagandistische Zwecke ausgeschlachtet wird. Sowohl die LTTE als auch die von staatlicher Seite unterstützte Karuna-Gruppe rekrutieren weiterhin Kinder für ihre Streitkräfte. Die srilankischen Institutionen ihrerseits sind nicht willens oder in der Lage, die Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und zu verfolgen.

In Sri Lanka gibt es aufgrund des wieder ausgebrochenen Kriegs eine ausserordentliche **humanitäre Krise**. Die Kriegssituation hat katastrophale Auswirkungen auf die Situation der intern Vertriebenen. Neben der in den früheren Jahren und Jahrzehnten vertriebenen Bevölkerung und den durch den Tsunami vertriebenen Personen sind im Norden und Osten Sri Lankas weitere Hunderttausende durch die neuen Kampfhandlungen vertrieben worden. Der Norwegische Flüchtlingsrat spricht von bis zu 800'000 Vertriebenen. Das Leben der BewohnerInnen der Jaffna-Halbinsel ist extrem unsicher geworden. Beide Kriegsparteien nützen die Situation auf zynische Weise aus, die LTTE benützt die Zivilbevölkerung als Teil ihrer Guerilla-Strategie,

⁶ World Socialist Website, Sri Lanka Government imposes police state measures in Colombo, 27.9.2006.

⁷ NZZ: Für Tamilen ist das Leben in Colombo schwierig geworden, 14.12.2006.

⁸ International Crisis Group, S. 20

⁹ Civil Monitoring Committee, 29 reported missing in Colombo, zit. nach TamilNet, 14.10.2006.

die Regierung setzt humanitäre Hilfe dazu ein, um Unterstützung der LTTE abzuschneiden und die Bevölkerung dazu zu bringen, aus LTTE-kontrollierten Gebieten wegzugehen. Für Hilfsorganisationen im Norden und Osten des Landes bedeutet die Sicherheitslage einen tiefen Einschnitt in ihre Arbeit. Die Mehrheit der Organisationen hat sich inzwischen entschlossen, die Region zu verlassen, auch die SLMM entschloss sich inzwischen, ihre Aktivitäten in den nördlichen und östlichen Gebieten zeitweise einzustellen.

Das Justizsystem ist äusserst schwach und nicht landesweit durchsetzbar. Jahre-lange Verzögerungen von Verfahren führen zu langer Untersuchungshaft ohne Verurteilung. Die LTTE unterhalten einen eigenen Justizapparat und eigene Gefängnisse. Das unzureichende Justizsystem Sri Lankas trägt zu einem Klima der Straffreiheit für folternde und tötende Polizei- und Sicherheitskräfte bei. Die Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM) ist teilweise inaktiv und hat keine polizeilichen Befugnisse, kann somit nicht die offizielle Verantwortlichkeit für die Verbrechen feststellen.